

#PRESSEMITTEILUNG 25. Februar 2015

Aktionen gegen Gewalttäter - EVG begrüßt Bahn-Pläne - Mehr Personal nötig

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hat Pläne der Deutschen Bahn begrüßt, schärfer gegen Randalierer und Gewalttäter vorzugehen. "Besonders die Zunahme der Gewaltdelikte gegen Beschäftigte ist erschreckend", erklärte EVG-Vorstand Reiner Bieck. Dies zeige, dass die Untersuchungen seiner Gewerkschaft leider Gewissheit geworden sein. Hinzu komme, dass die Dunkelziffer "weit über den bekannt gewordenen Zahlen liegen dürfte", sagte Bieck. Zahlreiche Beschäftigte würden entsprechende Vorfälle häufig nicht melden.

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hat Pläne der Deutschen Bahn begrüßt, schärfer gegen Randalierer und Gewalttäter vorzugehen. "Besonders die Zunahme der Gewaltdelikte gegen Beschäftigte ist erschreckend", erklärte EVG-Vorstand Reiner Bieck. Dies zeige, dass die Untersuchungen seiner Gewerkschaft leider Gewissheit geworden sein. Hinzu komme, dass die Dunkelziffer "weit über den bekannt gewordenen Zahlen liegen dürfte", sagte Bieck. Zahlreiche Beschäftigte würden entsprechende Vorfälle häufig nicht melden.

Die Pläne der Bahn seien deshalb "konsequent". Allerdings müsse auch klar sein: "Wer A sagt, muss auch B sagen, und B steht hier für Beschäftigung". Es müssten neue Stellen geschaffen und konsequent besetzt werden. Die DB Sicherheit müsse dabei das Rückgrat eines umfassenden Sicherheitskonzeptes sein. "Wir brauchen Streifen, die aus zwei gut ausgebildeten Beschäftigten bestehen, in Bahnhöfen, in Fernverkehrs- vor allem aber auch in Nahverkehrszügen, denn das Durchsetzen neuer Regelungen darf nicht alleine dem Zugpersonal überlassen werden. Dies würde zu einer weiteren Verstärkung der Konfliktsituation führen", unterstrich Bieck.

Es handele sich jedoch nicht um ein isoliertes Problem der Deutschen Bahn. Auch die Politik müsse tätig werden. So müssten Kürzungen bei der Bundespolizei, die für Bahnanlagen zuständig sei, zurückgenommen werden. "Auch in diesem Bereich brauchen wir mehr Personal", betonte Bieck. Hier seien sich auch EVG und Gewerkschaft der Polizei (GdP) einig. Aber auch die Bundesländer, die für den Nahverkehr verantwortlich seien, müssten handeln. "Um den Schienenpersonennahverkehr sicher zu gestalten, muss Personal in den Zügen unterwegs sein. Das müssen die Länder aber auch bezahlen. Sicherheit für Arbeitnehmer und Reisende muss in allen Verkehren durchgesetzt werden", betonte der EVG-Vorstand.